

# Wirtschaftspolitische Informationen 1/2005

ver.di Bundesvorstand Berlin -  
Bereich Wirtschaftspolitik – Februar 2005

[www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)



## Mythos

# „Lohnnebenkosten“

Dauerbrenner „Lohnnebenkosten“.....	2
„Lohnnebenkosten“ sind Kaufkraft .....	2
Zu niedrige Löhne – zu schwache Binnennachfrage .....	4
Verwirrung um die Arbeitskosten .....	6
Umfinanzierung durch höhere Mehrwertsteuer? .....	7
Arbeitskosten, Lohn und Sozialversicherungsbeiträge.....	8
Warum sind die Beiträge so hoch?.....	9
Steuerfinanzierung – aber verteilungsgerecht.....	10

## **Dauerbrenner „Lohnnebenkosten“**

Die Arbeitslosigkeit steigt und steigt. Im Januar 2005 wurde erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik die Fünf-Millionen-Grenze überschritten. Trotzdem sieht die rot-grüne Bundesregierung keinen Anlass für einen Wechsel ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Im Gegenteil: Alte Forderungen werden neu verpackt hervorgekramt.

Seit langem behaupten Unternehmer und viele Politiker, dass hohe Lohnkosten für Krise und Arbeitslosigkeit verantwortlich sind. Wäre die Arbeit billiger, würden mehr Menschen in Lohn und Brot kommen. Elegant erscheinen da Forderungen, die „Lohnnebenkosten“ – Beiträge der Arbeitgeber vor allem zu den Sozialversicherungen der Beschäftigten – zu senken.

Zuletzt hat Ministerpräsidentin Heide Simonis Anfang 2005 für die Senkung der „Lohnnebenkosten“ plädiert. Wahlkampfzeit in Schleswig-Holstein. Simonis schlägt vor, unter anderem die Mehrwertsteuer zu erhöhen und die Einnahmen daraus für die Sozialsysteme zu verwenden. Das sei der „Schlüssel zur Senkung der Lohnnebenkosten und zum Abbau der Arbeitslosigkeit“.

Tatsächlich sind die „Lohnnebenkosten“ Teil des Arbeitslohns. Deshalb sind sie auch Teil des Arbeitnehmerentgelts wie es das Statistische Bundesamt ausweist. Senkung der „Lohnnebenkosten“ heißt also Senkung von Löhnen.

### **„Lohnnebenkosten“ sind Kaufkraft**

Aus betrieblicher Sicht scheinen wirtschaftliche Schwierigkeiten an zu hohen Kosten zu liegen. Bei schlechter Auftragslage und immer aggressiverem Preiskampf rücken die Arbeitskosten ins Blickfeld. Mit der Senkung der Lohnkosten könnten wieder wettbewerbsfähigere Preise gemacht, neue Aufträge hereingeholt und so Arbeitsplätze gesichert werden. Politiker fordern lieber eine Senkung von „Lohnnebenkosten“. Das lässt sich leichter vermitteln. Tatsächlich ist es gleich, ob man die „Lohnnebenkosten“ oder gleich die Löhne senkt.

Die Forderung nach Senkung von „Lohnnebenkosten“ als Mittel für mehr Beschäftigung und Wachstum erscheint jedoch nur aus einzelbetrieblicher Sichtweise logisch. Sobald man die gesamtwirtschaftlichen Folgen einbezieht wird klar: Löhne sind nicht nur Kosten. Sie bestimmen gleichzeitig die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Ebenso wie sinkende Löhne vermindern sinkende „Lohnnebenkosten“ die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Die Beiträge zur Sozialversicherung fließen über die Sozialversicherungen direkt in Form von Arbeitslosengeld oder Renten den Haus-

halten zu, die damit ihre Nachfrage finanzieren. Oder mit ihnen werden Sachleistungen wie Rollstühle oder Krankenhausaufenthalte finanziert. Kürzungen führen also sofort zu Einschnitten bei der Binnennachfrage.



Die Politik versagt, wenn sie die einzelbetriebliche Sichtweise schlicht auf die Gesamtwirtschaft überträgt.

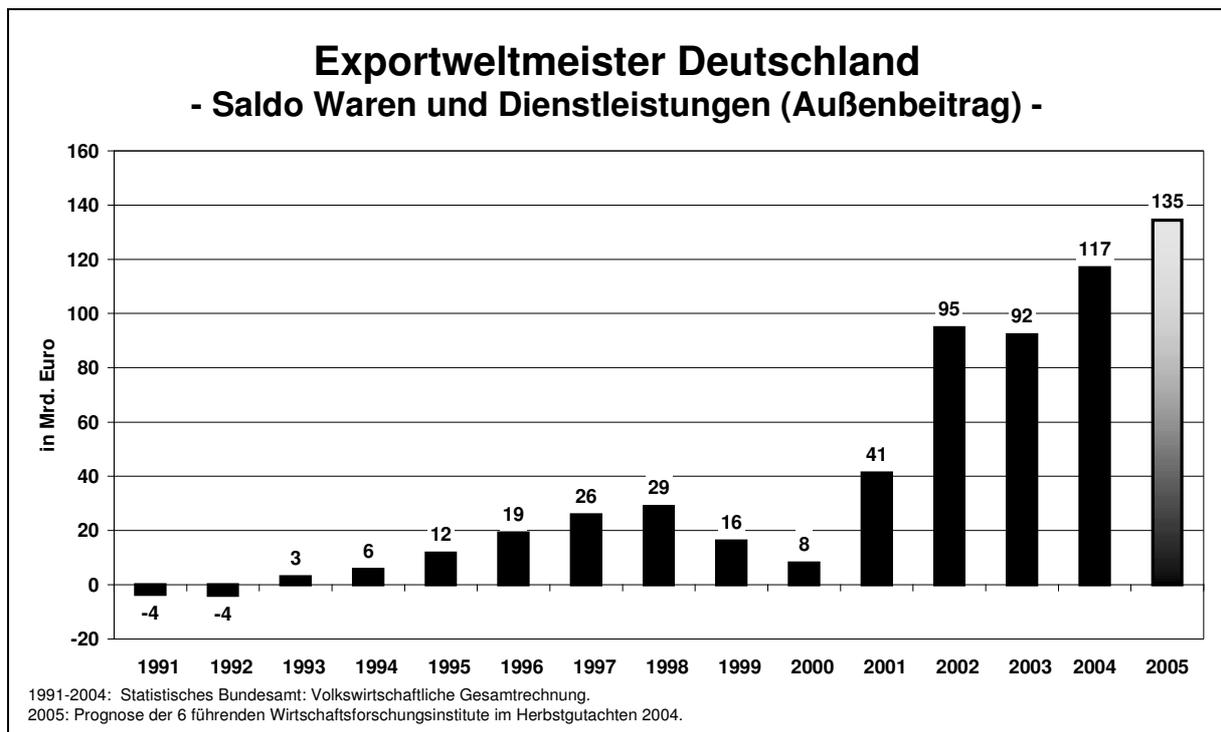
Die Forderung nach Senkung von Lohn(neben)kosten nimmt eine weitere Senkung der Binnennachfrage und damit eine Reduzierung der Absatzmöglichkeiten der Unternehmen im Inland in Kauf.

## Zu niedrige Löhne – zu schwache Binnennachfrage

Die zentrale Frage lautet: Hat Deutschland überhaupt ein Lohnproblem? Die Antwort ist: Ja! Aber nicht in Form zu hoher, sondern zu niedriger Löhne!

Diese Erkenntnis wird von Wirtschaftsforschungsinstituten wie dem *Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)*<sup>1</sup> vertreten und hat auch den Sachverständigenrat („Rat der fünf Wirtschaftsweisen“) erreicht. Einer der Weisen – Professor Peter Bofinger – sagt, dass Deutschland bei der Lohnentwicklung sogar einen erheblichen Nachholbedarf hat.<sup>2</sup>

Und sie haben alle Fakten auf ihrer Seite: Deutschland ist Exportweltmeister und hat seinen Exportüberschuss – Export minus Import von Waren und Dienstleistungen – in den letzten Jahren rund verdreifachen können. Und die Tendenz ist weiter steigend. Dies bedeutet, dass kein anderes Land der Welt seine Produkte so gut auf dem internationalen Markt verkaufen kann. Einen besseren Indikator für Wettbewerbsfähigkeit gibt es nicht. Dementsprechend müssen die Produktionsbedingungen in Deutschland als einzigartig eingestuft werden.



<sup>1</sup> „Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2005/2006“, in: DIW Wochenbericht, 1-2/2005.

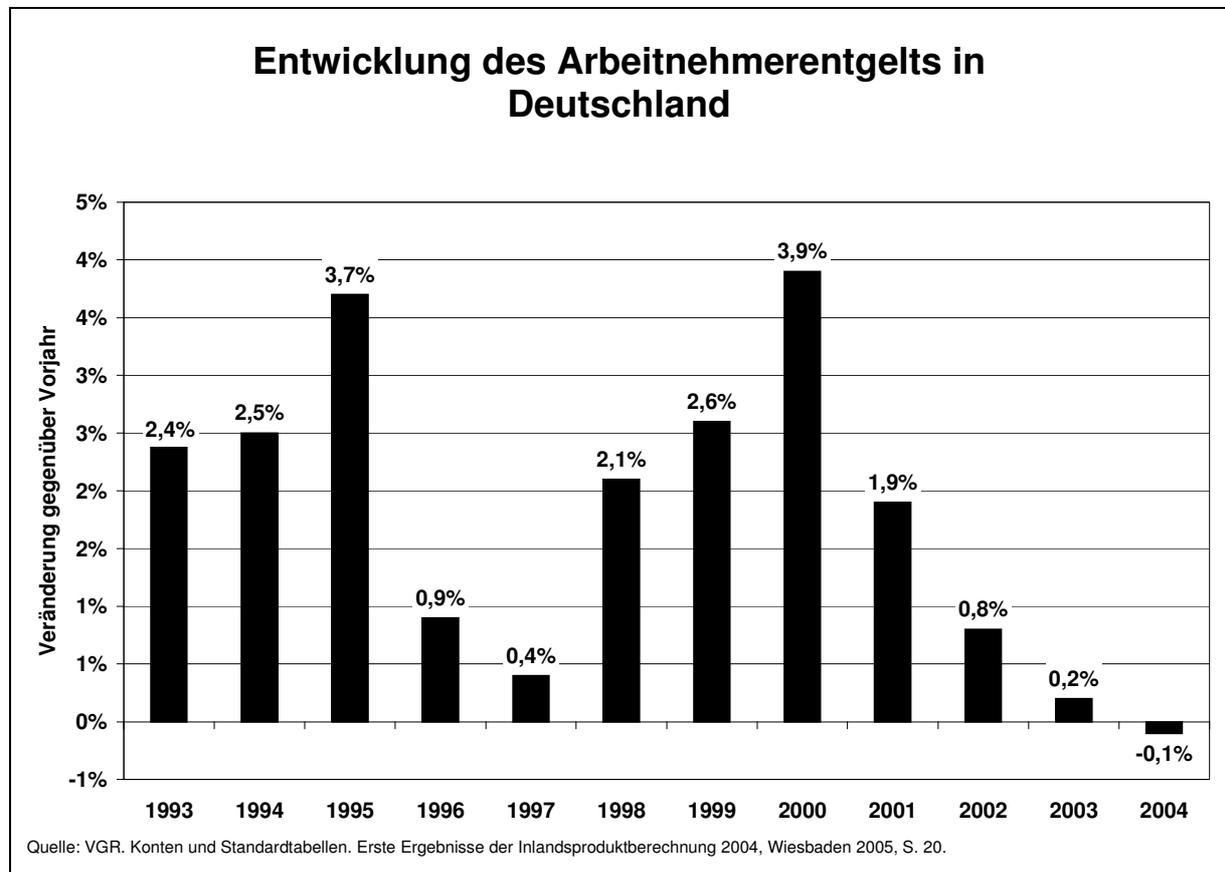
<sup>2</sup> So Peter Bofinger im Jahresgutachten 2004/05 des Sachverständigenrates, S. 507-517; siehe auch Bofinger, Peter: Wir sind besser als wir glauben, München 2005.

Allerdings hat diese Weltmeisterschaft eine deutliche Kehrseite: Die schwache Binnennachfrage. Sie ist Folge des schwächsten Anstiegs der Löhne in der EU in den letzten Jahren. Während die Einkommen im Zeitraum 1997 bis 2001 in Deutschland jährlich im Durchschnitt gerade einmal um 1,9 Prozent gestiegen sind, waren es im Durchschnitt der EU 2,7 Prozent.

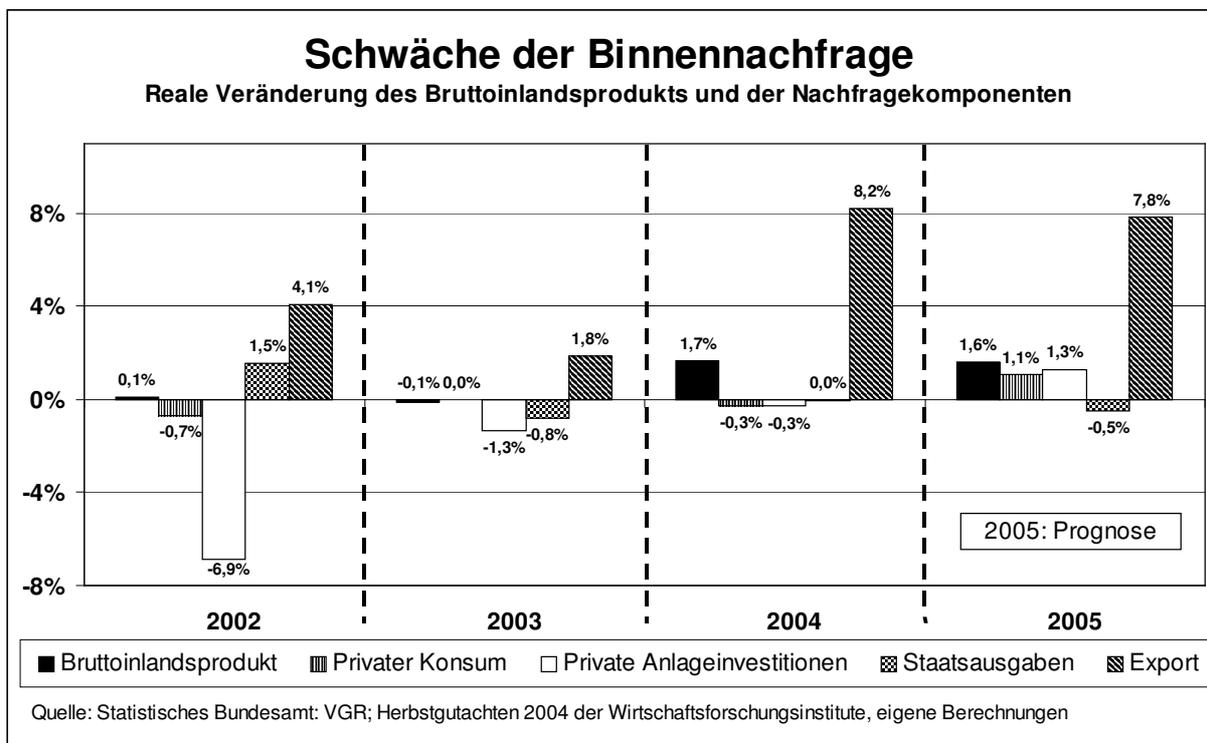
Diese Entwicklung hat sich seit 2001 noch verstärkt. Stieg das Arbeitnehmerentgelt im Jahr 2000 noch um 3,9 Prozent, wurde der Zuwachs seitdem immer kleiner. Vorläufiger Tiefpunkt: 2004 fielen die Arbeitseinkommen um -0,1 (!) Prozent. Und hierbei ist noch nicht einmal die Preissteigerung berücksichtigt. Deshalb haben Beschäftigte heute real noch weniger Einkommen.

*„Beim Export ist Deutschland mittlerweile wieder führend, bleibt aber beim Wirtschaftswachstum in der EWU zurück. Wie passt das zusammen? Unterdurchschnittliche Lohnzuwächse verbessern zwar die internationale Wettbewerbsfähigkeit, begünstigen so die Exporte und hemmen die Importe. Gleichzeitig tragen sie aber auch wesentlich zur Schwäche der Binnennachfrage bei. Außen- und binnenwirtschaftliche Entwicklung sind nicht mehr ausbalanciert.“*

*(DIW Wochenbericht 1-2/2005, S. 29)*



Im Ergebnis ist es dann nicht überraschend, wenn die Binnennachfrage in Deutschland die „Achillesferse der deutschen Konjunktur“ ist und bleibt. Vom privaten Konsum kann angesichts der Lohnentwicklung kein Impuls ausgehen. Ähnliches gilt für die Staatsausgaben, da aufgrund permanenter Steuersenkungen der Handlungsspielraum massiv beschnitten wurde. Einzig die Exportnachfrage ist Stütze des Wachstums – allerdings reichen hier selbst Steigerungen von acht Prozent wie in 2004 nicht aus, um die gesamte Nachfrage merklich zu stärken. Kein Wunder: Lediglich ein Fünftel aller Erwerbstätigen in Deutschland arbeitet für den Export, aber vier Fünftel für die Binnennachfrage.



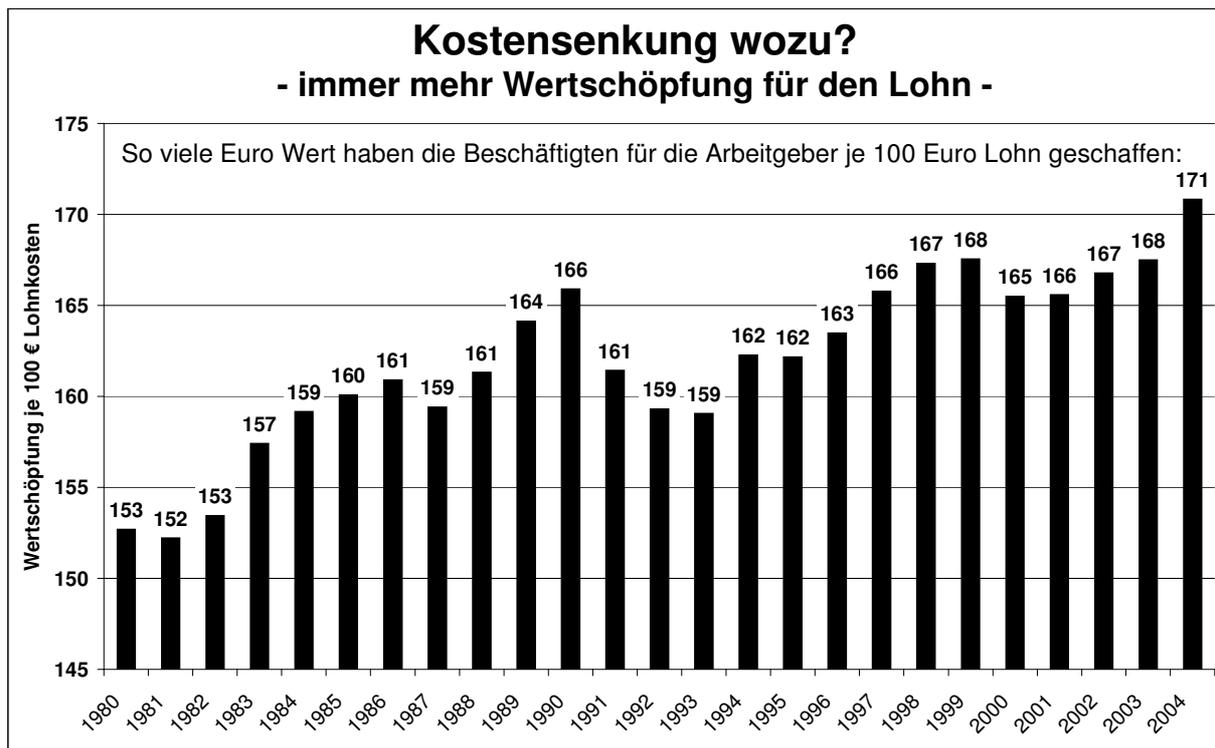
## Verwirrung um die Arbeitskosten

Durch die Betriebsbrille betrachtet, erscheint die Forderung nach Senkung von Lohn-(neben)kosten als Lösung. Wegen der gesamtwirtschaftlichen Folgewirkungen würde man hierdurch die Probleme jedoch nur verschärfen.<sup>3</sup> Deshalb ist das Gegenteil richtig: Lohnsteigerungen, die zumindest den verteilungsneutralen Spielraum aus Produktivitätsfortschritt und Preissteigerung ausschöpfen, stärken die Massenkauf-

<sup>3</sup> Siehe auch die Broschüre „Lohnnebenkosten‘ senken? Schafft und sichert keine Arbeitsplätze“, ver.di Bundesvorstand, Bereich Wirtschaftspolitik, April 2003.

kraft und damit die Binnennachfrage. Auch von Seiten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, der Inflation oder der Gewinnentwicklung spricht nichts dagegen.

Lohnsteigerungen sind deshalb möglich, weil die Produktivität der Beschäftigten kontinuierlich gestiegen ist. Die Lohnsteigerungen blieben dahinter immer weiter zurück. Mit je 100 Euro Lohn schaffen die Beschäftigten heute einen Wert von 171 Euro. 1980 waren es gerade einmal 153 Euro.



Lohnsteigerungen sind eine Voraussetzung dafür, mehr Waren und Dienstleistungen im Inland absetzen zu können. Schnürt man sie ab, bremst man automatisch die Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung. „Wo mehr verdient wird, kann eben auch mehr ausgegeben werden“, so Professor Bofinger im aktuellen Sachverständigenratsgutachten.<sup>4</sup>

## Umfinanzierung durch höhere Mehrwertsteuer?

Die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis glaubt eine Geheimwaffe gefunden zu haben: Keine Streichung, sondern nur Umfinanzierung der „Lohnnebenkosten“ durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Hierdurch würden aber neue Probleme entstehen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer führt zu höheren

<sup>4</sup> S. 514.

Preisen. Der höhere Nettolohn aufgrund der verringerten Sozialversicherungsbeiträge der Beschäftigten würde durch die höheren Preise aufgeessen.

Rentnerinnen und Rentner, Erwerbslose, Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe, Bafög oder anderen Sozialleistungen hätten sogar nur Nachteile. Sie müssten höhere Preise zahlen ohne von einer Senkung von „Lohnnebenkosten“ zu profitieren.

Von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer sind insbesondere viele Beschäftigte betroffen, die von der Hand in den Mund leben. Die also so wenig verdienen, dass sie ihr Einkommen mehr oder weniger vollständig für ihren Lebensunterhalt ausgeben müssen. Sie müssten fast auf ihr gesamtes Einkommen eine höhere Mehrwertsteuer zahlen. Besserverdienende geben dagegen nur einen Teil ihres Einkommens für Konsum aus. Deshalb zahlen sie nur auf einen Teil ihres Einkommens die höhere Mehrwertsteuer. Der Teil, den sie sparen können, wird nicht betroffen.

Die Senkung der „Lohnnebenkosten“ bei gleichzeitiger Gegenfinanzierung durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre eine weitere Verschärfung der Umverteilung von unten nach oben.

## **Arbeitskosten, Lohn und Sozialversicherungsbeiträge**

Viele Beschäftigte betrachten ihre Sozialversicherungsbeiträge auf der Lohn- oder Gehaltsabrechnung mit gemischten Gefühlen. Zunächst ist damit ein Abzug vom unmittelbaren Geldeinkommen verbunden. Für viele erscheint dies als Verlust. Darin liegt die Gefahr, dass die Polemik gegen die „Lohnnebenkosten“ auch bei den Beschäftigten verfängt. Obwohl klar ist, dass die gesamten Sozialversicherungsbeiträge – also die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerbeiträge – zur sozialen Sicherung notwendig sind.

Wenn man die Risiken privat versichern wollte, würde es nur um so teurer werden. Die Beschäftigten müssten sich aus ihrem Nettoeinkommen zusätzlich privat versichern, wenn sie ihr bisheriges Sicherungsniveau halten wollen. Das wird für die meisten teurer als die Sozialversicherung. Viele können sich das nicht leisten, wie zum Beispiel in den USA, wo 14 Prozent der Bevölkerung über keinerlei Krankenversicherungsschutz verfügen.<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> Ausführlicher hierzu: Broschüre „Staatsfinanzen stärken“, ver.di Bundesvorstand, Bereich Wirtschaftspolitik, Herbst 2002, Seite 3ff.

Nur die kollektiven Sozialversicherungen können Sicherheit für den Großteil der Bevölkerung gewährleisten.

Es ist doch klar: Die privaten Versicherer wollen an ihrem Geschäft verdienen. Das kostet unser Geld. Die Sozialversicherungen sind dagegen Non-Profit-Organisationen. Deshalb waren die Gewerkschaften auch immer gegen die eingeleitete Teilprivatisierung der Rentenversicherung. Manch einer wird spätestens bei der Auswahl der zusätzlichen „Riester-Rente“ gemerkt haben, dass der Teufel hier im Detail steckt.

## Warum sind die Beiträge so hoch?

Die Sozialversicherungs-Beiträge sind in den letzten 20 Jahren von 16 Prozent auf über 20 Prozent gestiegen. Und ständig drohen weitere Erhöhungen. Viele Beschäftigte fragen sich: „Ist da nicht doch etwas faul?“

Der Anteil der Löhne und Gehälter am Bruttoinlandsprodukt ist gesunken und die Arbeitslosigkeit gleichzeitig gestiegen. Die Sozialversicherung muss folglich aus einem kleiner gewordenen Anteil des Bruttoinlandsprodukts finanziert werden. Auch die „Minijobs“ belasten die Sozialkassen, weil keine vollen Beiträge gezahlt werden. Damit steigen die Beiträge jedes einzelnen Beschäftigten, ohne dass sich die Kosten der Sozialversicherung insgesamt nennenswert erhöht haben.

Eine weitere Belastung der Sozialversicherung ist die Überwälzung von Aufgaben, die eigentlich als allgemein gesellschaftliche vom Staat zu erbringen sind. Die irreführend als „versicherungsfremd“ bezeichneten Leistungen sind aber nicht die Leistungen, die im Wege der solidarischen Umverteilung erbracht werden – wie zum Beispiel die kostenlose Mitversicherung von Familienangehörigen!

Aber bei Leistungen wie der Finanzierung der Deutschen Einheit sieht die Sache anders aus. Die Beiträge könnten fast drei Prozentpunkte niedriger liegen, wenn die Kosten der Sozialversicherungen durch Steuern aufgebracht worden wären.

*„Durch das Verlagern von Teilen der finanziellen Vereinigungsfolgen in den Bereich der Sozialversicherung wurde das System der solidarischen Absicherung über Gebühr beansprucht und damit in Misskredit gebracht.“*

*DIW-Wochenbericht 40/1997*

## Steuerfinanzierung – aber verteilungsgerecht

Die Beitragssätze sind nicht gestiegen, weil zu hohe Leistungen die Sozialversicherung überfordern, sondern weil ihnen unter anderem gesamtgesellschaftlich zu lösende Aufgaben aufgebürdet wurden. Bei diesen Aufgaben ist die Finanzierung durch den Staat gerechter. Alle Bürger und Bürgerinnen werden dann als Steuerzahler beteiligt; also auch zum Beispiel Selbständige und Unternehmen.

Allgemein gesellschaftliche Leistungen müssen stärker steuerfinanziert sein! Das stabilisiert die Sozialversicherungen und ermöglicht die Senkung der Beitragssätze – wohlgemerkt: weil es gerechter ist!

Höhere steuerfinanzierte Zuschüsse zu den Sozialversicherungen müssen durch eine stärkere Besteuerung von Gewinn- und Vermögenseinkommen<sup>6</sup> finanziert werden. Eine solche stärkere Belastung von gutverdienenden Unternehmen und Reichen ist notwendig, weil sie auch über eine höhere Leistungsfähigkeit verfügen. Zudem würden durch eine Senkung der paritätisch aufgebrauchten Beitragssätze auch die Unternehmen entlastet. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnen wir ab, da sie besonders die unteren Einkommensschichten belasten und so zu neuen Ungerechtigkeiten führen würde. Stattdessen sind die nötigen Steuermehreinnahmen durch die Umsetzung unserer steuerpolitischen Forderungen aufzubringen.

Entscheidend für eine dauerhafte Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und Stärkung der Finanzen des Sozialstaats ist der Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Höhere Ausgaben für Arbeitslosigkeit und vor allem ausbleibende Beitragseinnahmen belasten die Sozialversicherungen mit etwa sechs Beitragssatzprozenten.

Die Halbierung der Arbeitslosigkeit ermöglicht eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge um drei Prozentpunkte.

Steigende Löhne und damit Stärkung der Massenkaukraft, die Verkürzung statt Verlängerung der Arbeitszeiten, ein aktiver Staat, der in unsere Zukunft investiert und die öffentliche Beschäftigung ausbaut – dies sind wirkungsvolle Maßnahmen zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Eine gerechte Steuerpolitik würde für diese Maßnahmen die Grundlage schaffen.

---

<sup>6</sup> Siehe hierzu die Broschüre „Konzept Steuergerechtigkeit“, ver.di Bundesvorstand Bereich Wirtschaftspolitik, Oktober 2004.